

Niederschrift

über die 4. öffentliche und nichtöffentliche Sitzung des Personalausschusses am Montag, 19.02.2018 um 16:00 Uhr, im Raum 105 des Rathauses (Am Rathaus 1 in 40721 Hilden)

Anwesend waren:

Vorsitz

Herr Torsten Brehmer SPD

stell. Vorsitz

Herr Reinhard Zenker CDU

Ratsmitglieder

Herr Reinhold Daniels SPD

Frau Anne Kathrin Stroth SPD

Herr Thomas Grünendahl CDU für Herrn Gleißner

Herr Norbert Schreier CDU für Herrn Gartmann

Frau Marianne Münnich Bündnis90/Die Grünen für Herrn Toska

Herr Bernd Hoppe AfD

Sachkundige Bürger/innen

Herr Frank Sondermann SPD

Frau Dörthe Dylewski FDP

Frau Hannelore Reffgen BÜRGERAKTION für Frau Ellendt-Kelzenberg

Beratende Mitglieder gemäß § 58 Abs. 1 GO NRW (nicht stimmberechtigte Fraktionen)

Herr Friedhelm Burchartz Allianz für Hilden

Von der Verwaltung

Frau Bürgermeisterin Birgit Alkenings

Herr 1. Beigeordneter Norbert Danscheidt Stadt Hilden

Herr Beigeordneter Sönke Eichner Stadt Hilden

Herr Kämmerer Heinrich Klausgrete Stadt Hilden

Frau Dorothee Arnold

Frau Gleichstellungsbeauftragte Monika Ortmanns Stadt Hilden

Frau Claudia Rehag Personalrat

Frau Anke Maurer

Tagesordnung:

Eröffnung der Sitzung

Änderungen zur Tagesordnung

Einwohnerfragestunde

- 1 Befangenheitserklärungen
- 2 Antrag der FDP-Fraktion: Fortschreibung des Personalmanagements bei der Stadt Hilden
- 3 Liste der Wiederbesetzungsprüfungen vom 01.02.2017 bis 31.01.2018
- 4 Anträge der Fraktionen zu den Haushaltsplanberatungen
- 5 Projekt Fortschreibung des Personalmanagements bei der Stadtverwaltung Hilden
- 6 Mitteilungen und Beantwortungen von Anfragen
- 7 Entgegennahme von Anfragen und Anträgen

Zu Beginn wird eine Einwohnerfragestunde durchgeführt mit einer zeitlichen Begrenzung von 30 Minuten.

Eröffnung der Sitzung

Der Vorsitzende, Herr Brehmer, eröffnete die Sitzung und begrüßte die anwesenden Mitglieder des Ausschusses, die Gäste sowie die Vertreterinnen und Vertreter der Verwaltung. Er stellte fest, dass zu der Sitzung rechtzeitig eingeladen war und die Beschlussfähigkeit gegeben sei.

Änderungen zur Tagesordnung

Änderungen zur Tagesordnung ergaben sich nicht.

Einwohnerfragestunde

Zur Einwohnerfragestunde hatte sich niemand gemeldet.

1 Befangenheitserklärungen

Keine

- | | | |
|---|--|-----------------------|
| 2 | Antrag der FDP-Fraktion: Fortschreibung des Personalmanagements bei der Stadt Hilden | WP 14-20 SV
10/047 |
|---|--|-----------------------|
-

Frau Dylewski erklärte, dass sie mit der Antwort nicht zufrieden sei; auch die ihr zusätzlich zur Verfügung gestellten Unterlagen aus 2011 hätten nicht zur Klärung beigetragen. Den Aussagen der Verwaltung zum Antrag aus 2017 sei nicht zu entnehmen, auf welcher Basis die 5 % der Stellen je Amt abzubauen seien und auch nicht, wie viele Mitarbeiter/innen für freiwillige Leistungen eingesetzt würden. Beispielhaft nannte sie das Kulturamt, das Amt für Jugend, Schule und Sport sowie die Beiräte. Eine gleichmäßige Kürzung um 5 % sei ihrer Meinung nach nicht zielführend, es könnten auch durchaus manche Ämter mehr einsparen und andere im Gegenzug weniger. Sie befürwortete die Maßnahmen der Verwaltung zum Aufbau eines DMS. Für die Zukunft wünsche sie sich jedoch weitere Informationen der Verwaltung.

Der Vorsitzende, Herr Brehmer, wies auf die thematische Überschneidung mit TOP 5 hin und betrachtete den Antrag als erledigt, was Frau Dylewski bestätigte.

Frau Reffgen erkundigte sich, ob wieder ein Jahr auf eine Information gewartet werden müsste. Der Vorsitzende, Herr Brehmer, wies auf die Möglichkeit der Fraktionen hin, jederzeit eine zusätzliche Sitzung einzuberufen. Üblich sei für den PA eine Sitzung pro Jahr.

Abstimmungsergebnis:

Ohne Beschlussfassung, Antrag wird seitens der Antragstellerin als erledigt angesehen.

- | | | |
|---|---|-----------------------|
| 3 | Liste der Wiederbesetzungsprüfungen vom 01.02.2017 bis 31.01.2018 | WP 14-20 SV
10/048 |
|---|---|-----------------------|
-

RM Hoppe fragte nach dem Stelleninhaber einer Stelle im Amt 37. Herr 1. Beig. Danscheidt gab an, dass es sich hier um eine notwendige interne Umsetzung handle. Der Name könne auf Wunsch im nö Teil genannt werden, darauf verzichtete Herr Hoppe.

Beschlussvorschlag:

Der Personalausschuss nimmt die Erläuterungen der Verwaltung zur Wiederbesetzung freier Stellen für den Zeitraum vom 01.02.2017 bis 31.01.2018 zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

Zur Kenntnis genommen

- | | | |
|---|---|-----------------------|
| 4 | Anträge der Fraktionen zu den Haushaltsplanberatungen | WP 14-20 SV
10/050 |
|---|---|-----------------------|
-

Antrag 05 – Produkt 010801 – Personalkonzept

RM Hoppe erkundigte sich, ob in den angegebenen Personalkosten auch der Versorgungsaufwand enthalten sei. Dies bestätigte Herr 1. Beig. Danscheidt.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich abgelehnt (10:1)

CDU	Nein
SPD	Nein
BA	Nein
AfD	Ja
Grüne	Nein
FDP	Nein

Antrag 18 – Produkt 010801 – sonstige Fachkraftstunden

RM Münnich zog den Antrag aufgrund der bereits im Stpl 2018 zusätzlich eingerichteten 4,393 VZK zurück.

Antrag 24 – Produkt 010801 – Entfristung der Stellen im Bereich Bildung und Teilhabe

RM Münnich begründete den Antrag auf Entfristung der Stellen im Stellwerk mit der Tatsache, dass es sich um sehr qualifizierte Fachkräfte handele und die Stadt durch die dauernde Befristung in Konkurrenz mit anderen Kommunen stehe, die ähnliche Stellen trotz Landesmitteln bereits unbefristet eingerichtet hätten. Man müsse die Mitarbeiterzufriedenheit fördern, und das sei bei befristet zur Verfügung stehenden Stellen nicht möglich.

Frau Dylewski verwies auf den Antrag ihrer Fraktion aus 2017 und ergänzte, dass es notwendig sei, dass der Rat bzw. die entsprechenden Fachausschüsse wissen müssten, welche Stellen befristet seien. Auch RM Daniels war der Meinung, dass die Notwendigkeit befristeter Stellen überprüft werden müsse, er sehe dabei aber auch die Schwierigkeit der Verwaltung, die Mitarbeiter/innen ggf. anderweitig unbefristet unterzubringen.

Herr 1. Beig. Danscheidt wies darauf hin, dass die Stadt bei einer unbefristeten Einrichtung der Stellen diese und damit auch die Personalkosten dauerhaft bereitstellen müsse, selbst wenn das Land sich aus der Finanzierung zurückziehe. Aufgrund der besonderen Qualifikation als Sozialarbeiter/innen bzw. Sozialpädagoge/innen/innen käme ein anderer Einsatz nur in den Ämtern 50 und 51 (z.B. im ASD) in Betracht; sofern die im Stellwerk beschäftigten Sozialpädagogen sich auf andere intern ausgeschriebene Stellen bewerben möchten, sie dies auch jetzt schon möglich. Er verwies auf andere Städte, die zwar teilweise die Stellen unbefristet eingerichtet hätten, teilweise aber auch nur eine reduzierte Zahl von Stellen unbefristet eingerichtet hätten. Auch die Bürgermeisterin bekräftigte dies, indem sie darauf hinwies, dass die Stellen und die darauf geführten Mitarbeiter/innen auch dann noch dauerhaft vorhanden wären, wenn das Land die Förderung einstelle, obwohl es sich um eine rein freiwillige Aufgabe handele. Daher habe man die Stellen auch nicht sachgrundlos befristet.

Frau Dylewski fragte noch einmal nach, welche Aufgaben an anderen Stellen gestrichen werden könnten, um z. B. die Stellen im Stellwerk kostenneutral dauerhaft einrichten zu können. RM Münnich hingegen sah eine grundsätzliche Umschichtungsmöglichkeit, da es immer wieder Fluktuationen gebe. Dennoch sei dies nicht in jedem Fall sinnvoll, da hierdurch immer wieder Einarbeitung erforderlich würde und gleichzeitig Erfahrungswissen verloren ginge. Falls man die Stellen nicht dauerhaft einrichten wolle, müsse in der Konsequenz das Stellwerk aufgelöst werden.

Auch der Vorsitzende, Herr Brehmer, erklärte, dass man immer auch die Sinnhaftigkeit von freiwilligen Leistungen beachten müsse. Dies bestätigte Herr 1. Beig. Danscheidt und erinnerte an die Folgen einer möglichen Bewilligung durch die Politik. In jedem Fall seien freiwillige Leistungen, die in Form von Stellen im Stellenplan bewilligt würden, für die Verwaltung bindend, auch wenn die

Förderung wegfallen würde. Durch die verschiedenen Einsparbemühungen der letzten Jahre sei aber mittlerweile kaum noch etwas einzusparen, wenn die Politik nicht auch einzelne Aufgaben streiche.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich abgelehnt (8:3)

CDU	Nein
SPD	Nein
BA	Ja
AfD	Nein
Grüne	Ja
FDP	Ja

Antrag 27 – Produkt 010801 – Einrichtung eines Personalpools im städt. Kita-Bereich

Eine Antwort der Verwaltung auf eine Anfrage der Grünen aus dem letzten Jahr habe RM Münnich so verstanden, dass durch die Umschichtungen von OGS in Kitas bereits Landesmittel zurückgezahlt werden mussten. (Anm.: Das war bislang nicht der Fall, weder wurden Kräfte von der OGS in Kitas umgesetzt, noch mussten bisher gewährte Landesmittel zurückgezahlt werden.) Sie plädierte für einen Pool von Personen, die sich in Vertretungsfällen bewährt hätten. Hier könnten unbefristete Verträge geschlossen werden und der Einsatz würde dann auf befristeten Stellen (wie z.B. Elternzeit- oder Krankheitsvertretungen) erfolgen. Das Fachamt solle hierzu Zahlen liefern, insgesamt müsste das aber kostenneutral erfolgen.

RM Daniels wies auf das angesprochene Konzept hin, dessen Ergebnis man zunächst abwarten wolle. Seine Fraktion erwarte das in den nächsten 3 Monaten.

Frau Dylewski befürwortete aufgrund der Überlastung in den Kitas die Einrichtung von zusätzlichen Gruppen in Kitas, die in unmittelbarer Nachbarschaft liegen, um eine gegenseitige Vertretung sicher zu stellen.

Diese Vertretung werde bereits heute gelebt, so Herr 1. Beig. Danscheidt, allerdings wolle kein/e Bewerber/in eine dauerhafte Springerfunktion haben. Um den Mitarbeiter/innen mehr Sicherheit zu geben, habe man gerade deswegen die zusätzlichen Stellen im diesjährigen Stellenplan geschaffen, eine Pool-Lösung käme da nochmal oben drauf und würde zusätzliche Personalkosten verursachen.

RM Münnich bekräftigte ihre Aussage noch einmal und erklärte, dass sie diese Maßnahme auch als Entlastung des Personalservices ansehe.

Der Vorsitzende, Herr Brehmer, gab zu bedenken, dass ggfs. zeitweise auch zu viele Stellen vorhanden sein könnten, wenn kein Vertretungsbedarf bestünde.

Herr Beig. Eichner erklärte, dass es nicht nur eine gefühlte Mehrbelastung in den Kitas gebe, sondern diese tatsächlich gegeben sei, da in den Gruppen zwei Kinder zusätzlich untergebracht seien. Dies sei nach Aussage des Landschaftsverbandes auch zulässig. Mit den zusätzlichen 4,4 Stellen könne besser und effektiver gehandelt werden. Es sei überdies auch ein Beratervertrag mit der Diakonie abgeschlossen worden (s. letzter JHA), die z.B. Gespräche mit Eltern führen sollten, die die Kita-Leitung nicht schaffen würde. Er wies auch auf die unterschiedlichen Größen der Kitas hin. Bei kleinen Kitas sei die Vertretung viel schwieriger, ggf. müssten Gruppen und/oder Kitas zusammengelegt werden.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich abgelehnt (8:2)

CDU	Nein
SPD	Nein
BA	Enthaltung
AfD	Nein
Grüne	Ja
FDP	Ja

Beschlussvorschlag:

Der Personalausschuss beschließt zum Haushaltsplan-Entwurf 2018 die in der Anlage aufgeführten Änderungen.

5	Projekt Fortschreibung des Personalmanagements bei der Stadtverwaltung Hilden	WP 14-20 SV 10/052
---	---	-----------------------

RM Hoppe fragte nach der geplanten Stellenreduzierung im Beratungs- und Prüfungsamt und erkundigte sich, ob diese Entscheidung nicht der Rat treffen müsse. Herr 1. Beig. Danscheidt erklärte, dass bislang nur ein kw-Vermerk angebracht werden solle. Sobald sich eine tatsächliche Realisierungsmöglichkeit durch Umorganisation von Aufgaben ergebe, würde der Rechnungsprüfungsausschuss beteiligt.

RM Münnich erkundigte sich nach dem Grund für den Wegfall von 1,5 Stellen im Amt für Gebäudewirtschaft. Hier sei eine andere Zuordnung der Hausmeisterdienste und die Schließung von Schulen der Hauptgrund, so Herr 1. Beig. Danscheidt.

Auf die Frage von RM Daniels, wie die Lage im Bereich der Ausbildung sei, antwortete Herr 1. Beig. Danscheidt, dass es zunehmend schwierig sei, gute Bewerber zu finden, dies sei insbesondere bei den Verwaltungsfachangestellten der Fall. Die Lage im gehobenen Dienst sei nach wie vor recht gut. Er stellte kurz die Situation des Auswahlverfahrens (Eignungstest, Vorstellungsgespräch) dar, zu dem einige Bewerber/innen trotz Einladung gar nicht erst hingingen. Man müsse in Zukunft mehr oder andere Marketingmaßnahmen ergreifen, da viele junge Leute offensichtlich ein stärkeres Interesse an größeren Verwaltungen hätten.

Beschlussvorschlag:

Der Personalausschuss nimmt Kenntnis von der Fortschreibung des Personalmanagements bei der Stadtverwaltung Hilden.

Abstimmungsergebnis:

Zur Kenntnis genommen

6	Mitteilungen und Beantwortungen von Anfragen
---	--

Keine

7 Entgegennahme von Anfragen und Anträgen

Keine

Ende der Sitzung: 17:45 Uhr

Torsten Brehmer / Datum
Vorsitzender

Anke Maurer / Datum
Schriftführer/in

Gesehen:

Birgit Alkenings / Datum
Bürgermeisterin

Norbert Danscheidt / Datum
1. Beigeordneter